

Beate Eschment

Zu viel, zu wenig oder die falsche Demokratie?

Kirgistan im Jahr 2010

1991 erklärte die zentralasiatische Sowjetrepublik Kirgistan ihre Unabhängigkeit. Von da an entwickelte sich das Land zunehmend zu einer Art autoritär-korrupten Präsidialdemokratie. Immer wieder aufflammende Unruhen führten im April dieses Jahres schließlich zum Sturz der Regierung Kurmanbek Bakijews. Doch befindet sich Kirgistan seitdem auf einem demokratischeren Weg?

Beate Eschment

(* 1960) ist Redakteurin der Zentralasien-Analysen.

eschment@dgo-online.org



Am 10. Oktober haben die Kirgisen ein neues Parlament gewählt. Entgegen vieler Befürchtungen verlief Wahlkampf und Wahltag friedlich. Die Wahl wird von vielen Beobachtern als die freieste und fairste bewertet, die es bisher in einem zentralasiatischen Land gegeben hat. Ein Sieg der Demokratie nach einem Jahr voll Chaos und Anarchie? Leider nein, mustergültige Wahlen zwar, aber ihre Ergebnisse zeugen nicht von demokratischen Grundüberzeugungen der Wähler, zudem besteht die Gefahr, dass auf ihrer Grundlage keine stabile, arbeitsfähige Regierung entstehen wird. Und die braucht das arme, in diesem Jahr an den Rand eines *failed state* geratene Land dringend.

Bisher sind 2010 vier einschneidende Ereignisse in der kleinen Hochgebirgsrepublik Kirgistan zu verzeichnen gewesen. Anfang April wurde, nach Demonstrationen im ganzen Land, Präsident Kurmanbek Bakijew aus dem Amt getrieben. Es wurde geschossen und es gab 86 Tote. Der Präsident flüchtete in seine Heimat im Süden des Landes und versuchte dort seine Anhänger zu mobilisieren, um mit ihrer Hilfe

die Rückkehr ins Amt zu erzwingen. Vertreter der internationalen Gemeinschaft konnten ihn aber zum offiziellen Rücktritt und Verlassen des Landes bewegen. Mitglieder seiner großen Familie betrieben dennoch weiterhin seine Rückkehr ins Amt und ließen den Süden des Landes nicht zur Ruhe kommen. Sie waren nicht die einzigen Unruhestifter. Unter Bakijew, der 2005 nach dem unblutigen Sturz seines Vorgängers Askar Akajew von der Bevölkerung mit großer Mehrheit gewählt worden war, hatte sich eine extreme Form korrupter Familienwirtschaft mit Verbindungen ins kriminelle Milieu etabliert. Staatliche Ämter auf allen Ebenen wurden aufgrund von Familienbeziehungen und Korruption vergeben, das Land als eine Art Pfründe betrachtet. Die gewaltigen ausländischen Entwicklungshilfefelder führten so weniger zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung, als zu einer des Kontostandes vor allem der Familie des Präsidenten und ihres Umfeldes. Offensichtlich führte der Sturz Bakijews zu Neuverteilungskämpfen. Aber auch in der normalen Bevölkerung gab und gibt es zunehmend Menschen, die, nachdem schon zum zweiten Mal die Führung des Landes wegen Amtsmissbrauch und Bereicherung aus dem Amt gejagt worden war, jeden Glauben an Recht und Gerechtigkeit verloren haben und Eigentumsrechte, Gesetze und staatliche Personalentscheidungen nicht mehr akzeptieren, sondern auf das Recht der Straße setzen.

Die Situation eskalierte im Juni in den allseits bekannt gewordenen pogromartigen Ereignissen in der im Süden gelegenen zweitgrößten Stadt des Landes Osch. Bis jetzt ist umstritten, von wem die Gewalttätigkeiten – Mord, Vergewaltigungen, Brandstiftungen – ausgingen, was ihr tatsächlicher Hintergrund war und wie hoch die Zahl der Opfer wirklich ist. Selbst offizielle kirgisische Quellen nennen mehr als 400 Tote und mehrere Tausend Verletzte und geben an, dass sich mehr als doppelt so viele Usbeken unter den Opfern befinden als Kirgisen. Ihre Zahl ist auch deshalb so hoch, weil Sicherheitskräfte verspätet eingriffen und die Übergangsregierung sich der Situation als nicht gewachsen erwies. Diese Regierung hatte sich unmittelbar nach dem Sturz des Präsidenten aus Vertretern der Opposition gebildet. Schon im politischen Kampf gegen das Regime Bakijew – und zuvor in der Opposition zu seinem Vorgänger Akajew – waren die führenden Oppositionellen nicht in der Lage gewesen, konstruktiv zusammenzuarbeiten, persönliche Machtambitionen oder Animositäten für ihr gemeinsames Ziel, z.B. einen neuen Präsidenten, zurückzustellen. Und auch jetzt in der Regierungsverantwortung standen offensichtlich nicht die drängenden Probleme des Landes, sondern der persönliche Machtkampf und die Interessen der eigenen Klientel im Vordergrund. Während der Gewalttätigkeiten im Süden waren die meisten Minister auf Tauchstation. Nur die ebenfalls nach dem Sturz Bakijews ins Amt gekommene Interimspräsidentin Rosa Otunbajewa versuchte mäßigend zu wirken. Die allgemeine Schwäche der Regierung wurde im August geradezu beispielhaft vorgeführt, als der Bürgermeister der südlichen Großstadt Osch sich durch Aktivierung seiner Bürger erfolgreich gegen eine Absetzung durch die Zentralregierung wehren konnte.

In einem waren sich die Regierungsmitglieder aber einig, sie wollten dem Land schnell eine neue Verfassung geben. Sie wurde in Rekordzeit erarbeitet. Auch durch

die Unruhen Anfang Juni, die gefährlich angeheizte Stimmung, den Ausnahmezustand, die Flüchtlinge und die zerstörte Infrastruktur ließen sie sich nicht beirren. Ende Juni wurde die neue Verfassung in einem landesweiten Referendum von der Bevölkerung mit über 90 % der Stimmen angenommen. In Reaktion auf die Erfahrungen der letzten beiden Jahrzehnte wird die Macht des Präsidenten zugunsten von Premier/Regierung und Parlament eingeschränkt, ein Ein-Parteien-Parlament unmöglich gemacht. Kirgistan hatte schon Anfang der 90er Jahre eine Verfassung, nach der das Parlament weitgehende Vollmachten hatte. Sie waren vom Präsidenten nicht aus reiner Machtbesessenheit eingeschränkt worden, sondern weil sich die Machtteilung in der Praxis nicht bewährte. Ein ständiger Machtkampf zwischen Parlament und Präsident paralyisierte das staatliche Leben, wobei es nicht um Sachfragen ging, sondern um Macht, Prestige und Privilegien – während die Bevölkerung immer mehr verarmte und die Wirtschaft in Trümmern lag. Man darf gespannt sein, ob sich die heutigen Politiker verantwortungsbewusster verhalten.

Die nach der jetzigen Parlamentswahl erforderliche Bildung einer Regierungskoalition stellt die erste Nagelprobe dar. Fünf Parteien schafften den Einzug in die Volksvertretung. Die Bevölkerung hat mit ihrer Wahlentscheidung ihrer Unzufriedenheit mit der Übergangsregierung Ausdruck verliehen. Zu Recht. Sie hat dies aber getan, indem sie mehrheitlich für die Rückkehr zum System des starken Führers votiert hat. Das Ergebnis zeigt zudem die starke Nord-Süd-Spaltung des Landes an.

Noch haben nicht alle beteiligten Parteien das Wahlergebnis anerkannt, es gibt Proteste und sogar Forderungen nach Annullierung der Wahl. Sicherlich wird es irgendwann zu einer Regierungsbildung kommen. Entscheidend ist dann, ob sie arbeitsfähig sein wird, ob sie einen Weg findet, gemeinsam mit der Präsidentin, die

nach wie vor auch entscheidende Machtbefugnisse hat, zu regieren und wie lange das Bündnis hält. Bisherige Erfahrungen stimmen da skeptisch. Dabei ist eine arbeitsfähige, starke Regierung dringender erforderlich denn je, wenn Kirgistan zur Ruhe kommen soll: Das zentrale staatliche Machtmonopol muss wieder durchgesetzt, Wiederaufbau und Befriedung des Südens betrieben, die durch die Ereignisse des Jahres schwer erschütterte Wirtschaft des sowieso armen Landes angekurbelt werden u.v.m.

Keine Demokratie rechtsstaatlichen Typs

Zusammenfassend muss man heute also leider feststellen, dass auch mit neuer Verfassung und nach mustergültigen Wahlen die Lage in Kirgistan instabil ist. Die Ursache ist aber weder ein zuviel an Demokratie, wie aus Russland und den autoritären Nachbarstaaten verlautet, noch ein zuwenig als Folge des Machtausbaus autoritärer Präsidenten, wie man vielfach aus dem Westen hören kann. Es waren nicht die beiden bisherigen macht- und geldhungrigen Präsidenten allein, deren Politik zu undemokratischen und instabilen Zuständen geführt hat. Auch regierungsnah wie oppositionelle Politiker, ihre Parteien, NGOs wie Wähler agieren nach Auskunft kirgisischer Wissenschaftler nach Wertmaßstäben und Loyalitäten, die sich von den westlichen Demokratien zugrunde liegenden zutiefst unterscheiden. Am augenfälligsten ist die starke Orientierung an Personen, v.a. die überragende Bedeutung von familiärer und regionaler Herkunft. Mit der Einführung demokratischer Institutionen ist so nur eine äußere Hülle geschaffen worden, die im Inneren nach anderen Regeln und Werten funktioniert. Dass dies nicht nur wie in den Nachbarstaaten zu undemokratischen Zuständen führte, sondern akut die Stabilität des Staates infrage stellte, hat u.a. mit dem Beginn

des Systemwandels in Kirgistan zu tun. Askar Akajew war als Newcomer in der Politik ein äußerst schwacher Präsident, der im Kampf um die Macht viel mehr verfassungsmäßige Kompetenzen auf sich vereinigte, als er ausfüllen konnte und damit vor allem auf regionaler und lokaler Ebene der unkontrollierten Herrschaft von Familien- und Herkunftsgruppen Tür und Tor öffnete. Dies, aber natürlich auch die ganz ungenierte Ausplünderung des Staates durch die beiden Präsidenten, verstärkte die Spannungen in dem geografisch, national und sozial gespaltenen, armen Land und untergrub zudem das Rechtsempfinden seiner Bürger. Diese haben inzwischen zwei Mal die Erfahrung gemacht, dass die Macht der Straße die Politik entscheidender beeinflussen kann als Wahlen. Von daher ist die Ausgangssituation für eine Demokratisierung heute in mancher Hinsicht heute sogar schwieriger als vor 20 Jahren.

Hier soll weder der Wert der Demokratie in Frage gestellt, noch gar einem ganzen Staat die Demokratiefähigkeit abgesprochen werden, doch scheint es im Interesse Kirgistans, unvoreingenommen die Ergebnisse von knapp 20 Jahren Demokratieförderung zu bewerten. Der bisher verfolgte Weg, v.a. auf demokratische Verfassungen, Institutionen und Wahlen zu drängen, hat nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Offensichtlich sind viel mehr Zeit und Geduld nötig als vom Westen erwartet. Kirgistan wird sich einen eigenen, weniger direkten Weg unter Einbeziehung der eigenen Werte, Gesellschafts- und Herrschaftsstrukturen suchen müssen. Westliche Politik sollte aktuell weniger auf die Bildung demokratischer Institutionen und die formal richtige Abhaltung von Wahlen drängen, sondern vielmehr auf Vertrauensbildung, v.a. zwischen den Menschen, aber auch in staatliche Institutionen und Gesetze sowie den Kampf gegen die Korruption, d.h. auf den Aspekt Rechtsstaatlichkeit i.w.S., damit wird dann auch wieder die Einhaltung der Menschenrechte stärker gewährleistet sein.